

Zukunft der Sozialpsychiatrie im Licht der gesellschaftlichen Megatrends

Unsere Wahrnehmungen und Herausforderungen

Von Fabian Kessl

Dem Thema der „Gesellschaftlichen Megatrends“ entsprechend werde ich im Folgenden versuchen, Antworten auf folgende Fragen vorzuschlagen: Was verstehen wir überhaupt unter „Megatrends“, und was ist mit einer solchen Rede verbunden? Denn je nachdem, wie wir über etwas reden, sagt das etwas über unsere Perspektive auf die Dinge. Welche „Megatrends“ können wir aktuell ausmachen und welche sind relevant für den sozialen und den Gesundheitsbereich? Abschließend will ich fragen, was es für das Feld der Sozialpsychiatrie, aber auch der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen bedeutet, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen so darstellen, wie wir sie so wahrnehmen.



Fabian Kessl

Hochschullehrer an der Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik; Kontakt: fabian.kessl@uni-due.de.

1. Gesellschaftliche Megatrends

John Naisbitt wird zugeschrieben, den Begriff der „Megatrends“ geprägt zu haben. 1982 veröffentlichte Naisbitt ein Buch mit eben diesem Titel. In den später zum Bestseller gewordenen „Megatrends“ macht Naisbitt mit seiner Forschungsgruppe zehn dominante Transformationsdynamiken, also „Megatrends“, für die US-amerikanische Gesellschaft aus – u.a. eine radikale Veränderung der ökonomischen Strukturen, von der industriellen Produktion hin zur wissensbasierten Ökonomie; aber auch eine Verschiebung von einer Orientierung an institutionellen Unterstützungsstrukturen hin zu Selbsthilfestrukturen.

Bereits hier wird deutlich, womit wir uns beschäftigen, wenn wir uns der Frage der „Megatrends“ widmen: Wir versuchen, bestimmende gesellschaftliche Entwicklungen, vorherrschende Veränderungen zu identifizieren, um daraus Prognosen für die Zukunft abzuleiten, um diese effektiver und effizienter gestalten zu können. Wenn wir das verstehen, erklärt sich uns, dass sich die Rede von den „Mega-

trends“ auch von der Mehrheit der sozialwissenschaftlichen oder sozialphilosophischen Analysen unterscheidet. Im Unterschied zu Sozialwissenschaftler_innen wollen Trendforscher der sogenannten Zukunftsforschung (*future studies*) wie z.B. Naisbitt und im deutschen Kontext Matthias Horx (1997) explizit Vorhersagen treffen. Wenn wir über „Megatrends“ sprechen, nehmen wir also eine sehr spezifische Perspektive ein, für die die sogenannte Trend- oder Zukunftsforschung steht.

Die Rede von den „Megatrends“ ist einerseits dem sehr wichtigen Bedürfnis nach einer nachvollziehbaren Orientierung geschuldet: Ganz im Sinne der Moderne wollen wir wissenschaftlich objektives Wissen generieren, um zu verstehen, was unser Zusammenleben prägt, wovon es beeinflusst wird und vor allem, wohin es sich entwickelt. Dafür richten wir Orte für die Forschung und Theoriebildung ein, bezahlen Menschen, damit sie gesellschaftliche Strukturen und Logiken beobachten, identifizieren, über diese nachdenken und uns über die Ergebnisse ihrer Analysen berichten – mehr noch: Dass

sie uns im gelungenen Fall über gegenwärtige Verhältnisse aufklären.

Die Logik der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und diese prägenden und von diesen geprägten Entwicklungen zu verstehen, ist sozialwissenschaftliches Alltagsgeschäft – und somit notwendige gesellschaftliche Aufklärungsarbeit. Zu verstehen, dass wir in Europa nicht nur in kapitalistischen Gesellschaften leben, sondern dieser Kapitalismus als Finanzmarktkapitalismus in den vergangenen Jahrzehnten eine bestimmte Form angenommen hat, und sich dabei bestimmter Bilder vom Menschen, wie dem des rational kalkulierenden Akteurs bedient, ist eine ebenso wichtige Erkenntnis, um unser Zusammenleben zu verstehen und über dessen Gestaltung zu streiten, wie das Wissen über die damit verbundenen sozialen Phänomene: z.B. Armut oder die Privatisierung von Sozial- und Gesundheitssystemen. Dazu gehört auch das Wissen, dass die weltweiten Beziehungen zwischen Staaten und Menschen noch immer von früheren kolonialen Zusammenhängen und unseren tradierten Vorstellungen über „andere Völker“ oder „noch nicht entwickelte



Staaten“ geprägt sind. Das wird uns sofort einsichtig, wenn wir auf die Wirtschaftsverhältnisse zwischen Europa und Schwarzafrika und die aktuelle Grenzpolitik der EU am und auf dem Mittelmeer schauen.

Um solche Aufklärungsarbeit über gesellschaftliche Strukturen und Logiken und damit verbundene gegenwärtige Entwicklungen bemühen sich nun Sozialwissenschaftler_innen insgesamt ebenso wie Trend- und Zukunftsforscher. Letztere geben sich nun aber mit der Identifizierung und Systematisierung von gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen nicht zufrieden. Sie wollen daraus konkrete Vorhersagen ableiten – daher auch „Trend-“ oder „Zukunftsforschung“. So berechtigt das Anliegen ist, über Entwicklungen nicht nur im Nachhinein Bescheid zu wissen, sondern auch Erkenntnisse über die zukünftigen Entwicklungen zu erfahren, so problematisch ist eine solche „Trend-“ oder „Zukunftsforschung“ zugleich: Aktuelle Entwicklungen sind nicht wie ein Bahngleis, das die Richtung des darauf fahrendes Zuges bestimmt, also nur *eine* Richtung zulässt. Vielmehr sind gesellschaftliche Entwicklungen von politischen Machtverhältnissen abhängig, die wir nicht immer voraus berechnen können, wie wir seit den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA und in Frankreich sehen. Aber genau so wenig können wir überraschende Ereignisse und Konstellationen voraussehen, die gesellschaftliche Entwicklungen massiv beeinflussen können, etwa den Krieg in Syrien oder die damit verbundenen Wanderungsbewegungen vieler Kriegsflüchtlinge. Gesellschaftliche Entwicklungen sind allerdings auch keine unabhängigen, rein zufälligen Tendenzen, sondern beeinflusst von gesellschaftlichen Strukturen: Dass die Ablösung der industriellen Produktion durch eine informationstechnologische, auf die Naisbitt zu Recht hinwies, manchen neue berufliche Entwicklungsperspektiven eröffnet und anderen diese verstellt, ist auch eine Frage der Bedingungen, die den einzelnen zur Verfügung stehen. Doch genau solche Einwände berücksichtigen „Trendforscher_innen“ zumeist viel zu wenig oder gar nicht – und setzen dann die identifizierten „Trends“ absolut. Naisbitt kommt dementsprechend zu der Schlussfolgerung: „Trends like horses are easier to ride in the direction they are going“

(Naisbitt). Solche „Pseudo-Weisheiten“ haben dann *nicht nur* einen geringen Wert. Sie taugen vielleicht noch als Kalenderspruch, den man spätestens am nächsten Morgen schon wieder vergessen hat. Viel problematischer ist noch: Trendforscher setzen Entwicklungen, die wir aktuell erleben, die aktuell dominant sind, als gegeben, als unveränderlich: Das Pferd reitet eben in eine Richtung, und dann reiten wir es auch dahin, wo es hin will. Das ist allerdings so ziemlich das Gegenteil von Aufklärung, wie sie die sozialwissenschaftliche Forschung an sich motiviert – oder zumindest motivieren sollte: Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen politisch emanzipieren und Entscheidungsfreiräume aufzeigen, nicht aber Menschen zu Reaktionsdeppen machen, die nur noch auf ausgemachte Trends reagieren können.

Wenn wir diese Probleme einer „Trend-“ oder „Zukunftsforschung“ verstanden haben, wird deutlich, was eine sozialwissenschaftliche Aufklärung für eine Aufgabe und für ein Interesse hat. Es geht also darum, bestimmende gesellschaftliche Entwicklungsstränge auszumachen, nicht um diese als gegeben hinzunehmen, sondern um über die Bedingungen unseres Tuns und Denkens aufzuklären; um uns eine Reflexionsbasis bereit zu stellen, auf der wir dann gemeinsam und durchaus auch im Streit entscheiden können und auch sollen, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. In diesem Sinne will ich im Folgenden über bestimmende „gesellschaftliche Entwicklungen“ sprechen – und diese weniger „Trends“ oder „Megatrends“ nennen.

2. Die „Megatrends“ unserer Zeit oder: Welche gesellschaftlichen Entwicklungen sind aktuell für den sozialen und den Gesundheitsbereich als besonders einflussreich auszumachen?

Besonders für den Sozial- und Gesundheitsbereich sind einflussreiche gesellschaftliche Entwicklungen auszumachen, die mit „Digitalisierung“, „Ökonomisierung“ und „Lokalismus“ angemessen beschrieben werden können.

Ich werde alle drei Entwicklungsstränge jeweils kurz bestimmen, um dann für jeden der Entwicklungsstränge drei Aspekte genauer auszu-leuchten:

- a. Bedingungen für die Akteur_innen (individuell): Was heißt Digitalisierung für die einzelnen Gesellschaftsmitglieder?
- b. Bedingungen für die Akteur_innen (organisational-institutionell): Was heißt Ökonomisierung auf der Ebene der Leistungserbringer, der Träger z.B.?
- c. Neujustierung der Relation von privat und öffentlich: Was heißt neuer Lokalismus in Bezug auf unser bisheriges Verständnis und die bisherige Strukturlogik zwischen privater und öffentlicher Sphäre?

2a. Digitalisierung

Zuerst einmal müssen wir uns an den Sachverhalt erinnern, dass unsere Kommunikationspraxis medial beeinflusst wird. Das ist allerdings historisch nichts Neues. So wie Menschen das Briefeschreiben lernen mussten, und sich hier eine bestimmte Praxis in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen einbürgerte, so muss das Schreiben von E-Mails, von Kurznachrichten, von Whats-App-Nachrichten oder von Tweeds gelernt werden. Kommunikation geschieht nicht nur medienvermittelt, sondern wird durch diese Medien auch mit gestaltet (z.B. social media): So wie der Brief bereits Kommunikationen über große geographische Distanzen ermöglichte, so erlaubt die digitale Kommunikation dasselbe heute fast ohne Zeitverlust. Sozialwissenschaftlich lässt sich davon sprechen, dass unsere Wahrnehmung durch „nicht-subjektive, externe Komponenten“ beeinflusst wird (Hartmann 2003, S. 35). Auch das an sich nichts Neues, denken wir einmal an die Beeinflussung unserer Wahrnehmung durch den Buchdruck (Ratgeberliteratur; religiöse Literatur; ...), aber auch hier hat sich mit der Digitalisierung die Art und Weise des Einflusses geändert.

Unabhängig davon, ob wir die Digitalisierung unseres Alltags als Möglichkeit weiterer gesellschaftlicher Entwicklung oder als Hürde für diese verstehen, sind Fragen, wie die folgenden zu stellen.

- (1.) Wer verfügt wie über Möglichkeiten digitaler Kommunikation – auch auf sprachlicher und kultureller Ebene, und wer nicht oder nur in eingeschränktem Maße?
- (2.) Wer kann sich digitalisierte Angebote leisten? Denken Sie an die virtuelle Vernetzung von unterschiedlichen

Rechnern mit anderen Maschinen (z.B. in Form eines so genannten smarten Hauses).

Aber nicht nur auf dieser individuellen Ebene stellen sich Fragen: Obwohl wir inzwischen fast von einer Vollversorgung mit Internetzugängen in bundesdeutschen Haushalten ausgehen müssen (ca. 90 % in 2016 laut Statistischem Bundesamt) – und damit der Internetanschluss mit dem privaten Telefonanschluss fast gleichgezogen hat (Festnetz: 91 %; mobil: ca. 95 %), verfügt etwa die Hälfte der ländlichen Bevölkerung über kein schnelles Internet. Das „Internet der Dinge“ kann mit seinen Vernetzungen in der Gesundheitsversorgung immense Entwicklungsdynamik aufweisen, z.B. in Form digitalbasierter Pflegeangebote. Die Frage ist nur, inwiefern selbst quasi-optimale Systeme dem individuellen Fall gerecht werden können? Wir sollten uns hier der Diskussionen um Standardisierungen der Pflege bzw. der so genannten evidenzbasierten Steuerung erinnern: Dabei ist deutlich geworden, dass Standards hilfreich sein können, aber gerade in psychiatrischen und sozial-beraterischen Kontexten nicht professionelle Entscheidungsautonomie ersetzen dürfen.

Grundlegender gefragt: Wer besitzt und gestaltet die technische Infrastruktur, denn diese wird im 21. Jahrhundert zu einem entscheidendem Macht- und Herrschaftsmittel? Wer verfügt über die Kontrolle der Daten- und Informationsströme (vgl. Castells 2001ff.) und wer kann auf diese zugreifen und wer ist an diese angebunden oder von diesen abgekoppelt? Was passiert, wenn die Infrastruktur ausfällt oder sabotiert wird? Diese Fragen haben auch eine grundlegend verfassungsrechtliche Dimension. Bereits vor der Etablierung des Internets oder anderer digital basierter Informations- und Kommunikationsmedien haben Verfassungsrechtler darauf hingewiesen, dass über die Machtmittel öffentlich verfügt werden müsse, ansonsten sei die staatliche Souveränität in Gefahr (vgl. Roßnagel 1990). Eine Debatte zur Sozialisierung von Facebook, What'sApp, Instagram und Twitter sehe ich allerdings nicht. Die Digitalisierung führt zu einem Rearrangement von privaten und öffentlichen Zusammenhängen. Die digitale Kommunikation eröffnet häufig neue Raumkonstellationen, die weder privat noch öffentlich sind. So überschreitet z.B. social media häufig die

Privatsphäre, gerade wenn aus dieser berichtet wird, und doch wird kein öffentlicher Raum erzeugt, d.h. ein Raum, dessen Zugang und Infrastruktur durch das Gemeinwesen verantwortet und durch dieses nicht nur geschützt wird, sondern dessen Konstitution und Alltagspraxis mit gewährleistet.

2b. Ökonomisierung

„Ökonomisierung“ ist die zweite zentrale gesellschaftliche Entwicklung in Bezug auf die Sozial- und Gesundheitsfelder. Die Kritik an der Ökonomisierung des Sozialen und des Gesundheitssektors wurde nach anfänglichem Zögern von vielen Fachverbänden und Fachorganisationen auch gehört. Die PEPP-Debatte (*Pauschalierendes Entgeltssystem Psychiatrie und Psychosomatik*), also die Diskussion über die Etablierung eines einheitlichen Vergütungssystems, das auch eine bestimmte Klassifikation der Patient_innen mit sich bringt, steht dafür als Beispiel. Zuerst einmal beschreibt „Ökonomisierung“ nichts anderes als einen Prozess, der eine Entwicklung im Sinne der Aspekte beschreibt, die die Wirtschaft betreffen. „Wirtschaftlichkeit“ ist dann ein zentrales Stichwort – wir könnten auch von „vernünftiger Haushaltsführung“ sprechen. „Wirtschaftlichkeit“ ist in den entsprechenden Gesetzen, wie im Sozialgesetzbuch, als Auftrag an die verantwortlichen Träger festgeschrieben. Die Ressourcen so einzusetzen, dass sie nicht verschwendet werden, und für fachlich begründete Ziele eingesetzt werden, ist sinnvoll und sollte im Rahmen öffentlich verfasster Dienstleistungssysteme selbstverständlich sein.

Wenn wir in den vergangenen Jahren von „Ökonomisierung“ sprechen, meinen wir meistens aber etwas anderes. Wir fokussieren eine Umstellung der Sozial- und Gesundheitsbereiche auf eine systemfremde Logik: die Umstellung auf eine betriebswirtschaftliche Logik und eine Logik der Unternehmensführung, wie wir sie aus dem Bereich der profitorientierten Unternehmen kennen. Und dabei unterscheiden wir manches Mal nicht ausreichend die unterschiedlichen Stränge der Ökonomisierung. Die gesellschaftliche Entwicklung der Ökonomisierung kon-

kreterisiert sich seit den 1990er Jahren in mindestens vierfacher Weise: (a) als Managerialisierung, (b) als Kontraktualisierung, (c) als Kommerzialisierung und (d) als Privatisierung.

Vor dem Hintergrund dieser Differenzierung ist bedeutsam, dass „Ökonomisierung“ nicht nur als Einführung von (einzelnen) betriebswirtschaftlichen Instrumenten und Konzepten, z. B. in das Gesundheitssystem, gesehen wird. „Ökonomisierung“ erweist sich vielmehr als Teil einer umfassenden und fundamentalen „Ökonomisierung des Sozialen“ (Lemke et al. 2000), die in der Verbetriebswirtschaftlichung organisationaler Settings nur einen Ausdruck findet. Der Rede von der Ökonomisierung des Sozialen unterliegt zum einen die konstitutive politisch-ökonomische Einsicht, dass Ökonomie keinen von der Politik unabhängigen Bereich darstellt; zum anderen verweist die Kategorisierung von gegenwärtigen Entwicklungen als „ökonomisierend“ auf die Durchsetzung eines spezifischen Menschentypus, für dessen Herstellung staatlich verfasste Instanzen, wie die Kinder- und Jugendhilfe, zuständig erklärt werden und sich selbst zuständig erklären. Es ist dies der veränderte Typus eines „homo oeconomicus“ – der im Unterschied zu dessen klassischer Konzeption nun in der Logik des Neoliberalismus zum

Produzent seiner selbst wird: Mit der Ökonomisierung des Sozialen ist also die kontinuierliche Etablierung einer „Kultur des Unternehmens“ (Gertenbach 2007, S. 122) in faktisch allen Lebensbereichen verbunden. Vergewissert man sich dieser Entwicklungsdynamik, wird sofort einsichtig, dass die Parallelität von verschiedenen Entwicklungen auf ganz unterschiedlichen Ebenen des Sozial- und Gesundheitsbereiches kein Zufall ist: Die unternehmerische Ausrichtung von Wohlfahrtsverbänden, die zunehmende Etablierung privatgewerblicher Angebotsstrukturen, die Propagierung von Budgets als zentraler Steuerungsinstrumente, die Etablierung eigenverantwortlicher Strategien oder die Durchsetzung von Verträgen als organisationales wie als pädagogisches Mittel.

Doch auch diese faktischen Veränderungen sollten nicht zu der Fehleinschätzung führen, hier greife „nur“

Unterschiedliche Stränge der Ökonomisierung werden nicht ausreichend unterschieden



der Markt in marktfremde Felder ein. Sozial- und Gesundheitssysteme fühlen sich dementsprechend „kolonialisiert“ (Speck 1999). Der marktförmige Umbau der Trägerstrukturen, das Outsourcing von Organisationseinheiten, aber auch die Einführung und Etablierung von Benchmarking-Systemen oder die Employability-Orientierung in den Curricula der Studiengänge basieren allerdings auf Entscheidungen, die von Fachpolitiker_innen auf Bundes- und insbesondere kommunaler Ebene, von Einrichtungsleitungen, den Verantwortlichen in den Wohlfahrts- und Fachverbänden und den Hochschulen selbst (mit) getroffen und durchgesetzt wurden und weiterhin werden. Insofern ist innerhalb der Fachdebatten ein selbstkritischer Blick auf die eigene „Mittäterschaft“ (Thürmer-Rohr 1998) vonnöten. Doch eine kritische Wohlfahrtsverbands- und Fachverbandsforschung, die deren Positionierung innerhalb des gegenwärtigen Transformationsprozesses fokussiert, ist bisher ebenso marginal (vgl. Bauer/Dießenbacher 1984), wie eine Analyse der professionellen Rationalisierungspraktiken der Fachkräfte in diesem Kontext (vgl. Lutz 2010) wie die Rationalisierung der veränderten Angebotsmuster durch die potenziellen wie realen NutzerInnen.

Ein weiteres Missverständnis in Bezug auf die Entwicklung hin zu einer weiteren Ökonomisierung liegt in der Annahme, mit der beobachtbaren Privatisierung sei eine Entstaatlichung verbunden. Ähnlich verkürzt wie der häufig unterlegte Begriff des Ökonomischen stellt sich auch die Annahme dar, Ökonomisierung meine einen fokussierten Prozess der Entstaatlichung. Dem ist aber nicht so. Ganz im Gegenteil: Die Transformation des bisherigen national- und wohlfahrtsstaatlichen Bildungs-, Erziehungs- und Sorgesystems ist kein Teil einer generellen Entstaatlichungstendenz, sondern vielmehr einer grundlegend veränderten staatlichen Regulation (vgl. Röttger und Wissen 2005). Der ökonomisierende und ökonomisierte Staat hat sich nicht zurückgezogen, sondern seine Funktion verändert. Er versucht sich nun auf die Aktivierung und die Kontrolle der Aktivierungsbereitschaft der Gesellschaftsmitglieder zu beschränken (vgl.

Sauer 2009). Dabei ist er aber selbst höchst aktiv.

Die Rede von der Ökonomisierung verdeckt, dass die entsprechenden Veränderungsprozesse zwar in eine bestimmte Form der kulturellen Hegemonie eingeordnet werden können, sie aber deshalb keinen einheitlichen Prozess ausmachen. Wenn mit dem Begriff der Ökonomisierung eine solche eindimensionale Entwicklung vermerkt

Die Frage ist, wer denn über welche Zugänge und über welches soziale Kapital verfügt

wird, dann ist deshalb die Gefahr, dass diese heterogenen und widersprüchlichen Realitäten zumindest tendenziell aus dem Blick bleiben: z.B. alternative Modelle der Ökonomie (vgl. Bontrup et al. 2006). Denken Sie nur an eine Ökonomie, die die Sorge um das Ganze im Sinne der Frage nach Modellen einer vernünftigen und angemessenen Haushaltung zur Sicherung der gleichberechtigten sozialen Teilhabe- und politischen Teilnahmemöglichkeiten aller Haushaltsmitglieder ins Zentrum stellt. Auch das ist eine Form der Ökonomie, mit deren Fokussierung aber grundlegend andere Steuerungs- und Gestaltungsentscheidungen in Bezug auf die öffentlichen Bildungs-, Erziehungs- und Sorgeangebote verbunden wären, als dies im vorherrschenden Prozess der Fall ist.

2c. Lokalismus

In der Sozialpsychiatrie ebenso wie in der Sozialen Arbeit ist in den vergangenen Jahren eine wachsende Orientierung am Lokalen zu beobachten – oder genauer noch: an der lokalen Gemeinschaft. Ob es nun Klaus Dörners (2007) „dritter Sozialraum“ ist oder die Sozialraumorientierungsdiskussion in der Jugendhilfe – der Nahraum der Menschen ist es, wo neue „Kulturen des Helfens“ (Dörner 2007, S. 66) entdeckt werden und entdeckt werden sollen. Doch auch auf anderen Ebenen wird die lokale Vergemeinschaftung wiederentdeckt: In der Armutsbekämpfung, der Bürgerbeteiligung, der lokalen Berichterstattung bis hin zur Organisation kommunaler Administration (Bürgerämter). Dieser neue Lokalismus führt dann zu solch paradoxen Blüten, wie der *social media*-basierten Kontaktaufnahme zum Nachbarn: am bekanntesten vermutlich „nebenan.de“. So sympathisch diese Orientierung am

Lokalen, als direktem sozialen Nahraum, auf den ersten Blick scheint, so naiv und tendenziell betriebsblind ist eine solche Perspektive. Denn auch hier wird die Frage allzu leicht unbearbeitet gelassen, wer denn über welche Zugänge und welches soziale Kapital verfügt.

Auch findet sich hier, gerade in der Tradition der wichtigen historischen Arbeiten von Klaus Dörner, eine berechtigte Institutionenkritik (z.B. die Tradition der Psychiatriekritik). Doch diese sollte eben nicht verwechselt werden mit der Aufgabe rechtsbasierter Hilfe- und Unterstützungsstrukturen und -angebote, die eben eine staatliche Verfasstheit benötigen und nicht durch die Zufälligkeit nachbarschaftlicher Loyalitäten ersetzt werden können. Dazuhin ist der Raum des Lokalen keineswegs weniger gemeinschaftsförmig als der Raum der Gesamtstadt oder der einer nationalstaatlich verfassten Gesellschaft. Soziale Nahräume sind gerade auch Teil des Problems. Schauen Sie in die unter-privilegierten Wohnareale von Städten. Hier besteht nicht primär ein Problem der fehlenden Nachbarschaftshilfe, sondern eines von unangemessenem Wohnraum, von einer schlechten Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur oder von fehlenden Arbeitsplätzen. In Einzelfällen kann zwar die Skandalisierung hier zu einem Schritt in Richtung positiver Entwicklung führen (Beispiel Rütli-Schule in Berlin oder Siedlung in London-Tottenham als Geburtsort der London Riots), aber auch hier ist das der Grund für die Entwicklung der politisch gewollte Ausbau der Infrastruktur und eine Zuweisung von Ressourcen. Nachbarschaftliche Hilfe ist eben nicht dasselbe wie professionelle Unterstützung. Das müssen wir verstehen, ohne damit wiederum die Gefahren einer Institutionalisierung und eines Professionalismus aus dem Blick zu verlieren. Aber Institutionalisierung ist nicht per se ein Problem. Ganz im Gegenteil: Sie erlaubt uns die Gewährleistung rechtsbasierter Ansprüche und nicht nur loyalitätsbasierter Hilfeangebote. Eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft ist der Nährboden für eine solidarische Demokratie. Nur ist der soziale Nahraum nicht dasselbe wie die Zivilgesellschaft. Eine Zivilgesellschaft meint einen Raum, in dem die bürgerliche Gesellschaft ihre kulturelle und soziale Rückbindung erfährt.

Diese ist aber nicht örtlich im Sinne des sozialen Nahraums gebunden, und meint im demokratischen Kontext gerade nicht nur eine loyalitätsbasierte Gemeinschaft, sondern politische Auseinandersetzung(en).

3. Herausforderungen, nicht nur für die Sozialpsychiatrie angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen

Um diese aufgezeigten Entwicklungen nun nicht nur als parallele Tendenzen zu fassen, müssen wir zum Schluss nochmals einen Schritt zurücktreten: Denn es ist sicherlich kein Zufall, dass genau diese Entwicklungen historisch parallel verlaufen. Wenn wir uns also die entstandene Landkarte anschauen, dann wird ein „Gesicht“ deutlich, das Gesicht eines bestimmten Gesellschaftsmodells.

Es ist zum einen das Gesicht einer Gesellschaft, die sich scheinbar aus unabhängigen, primär individuell-interessengeleiteten Akteurseinheiten zusammensetzt. Die Unterstellung ist, dass der einzelne die digitale Kommunikation nach seinem Interesse nutzt, dass er oder sie ihr Verhalten kalkulierend ausrichtet. Zum anderen ist es das Modell einer Gesellschaft, die gar keine mehr sein soll, sondern ein Zusammenhang von scheinbar unabhängigen, primär individuell-interessengeleiteten Akteurseinheiten, und damit auch von kleinen, überschaubaren Gemeinschaften. Auch über diese können wir scheinbar frei verfügen – wir können uns scheinbar für die aktive Gestaltung unseres sozialen Nahraums entscheiden.

Doch beide Unterstellungen halten der Wirklichkeit nicht stand. Selbstverständlich sind Menschen keine unabhängigen, primär interessengeleiteten Einheiten. Menschen sind aufeinander verwiesen, von der Sorge wie der Anerkennung Anderer abhängig. Außerdem sind wir als Gesellschaftsmitglieder in einem demokratischen Gemeinwesen aufeinander angewiesen, ja der Verweis aufeinander ist das Fundament eines solchen Gemeinwesens – und das gerade, ohne dass wir uns gegenseitig nahe sein müssen, weder territorial noch emotional (siehe „Solidarität unter Fremden“, Brunkhorst 1996). Weder die Freiheit zur individuellen Entscheidung ist einfach so gegeben noch die Möglichkeit der Nutzung von Ange-

boten, sondern beides muss politisch erstritten, legitimiert, ermöglicht, auch verteidigt und institutionell gewährleistet werden.

Wir waren uns unserer Sache in den „sozialdemokratischen Jahrzehnten“ des 20. Jahrhunderts, in der Hochphase des Wohlfahrtsstaats, im Sozial- und Gesundheitsbereich vielleicht allzu sicher. Wir haben vergessen, für die Möglichkeit der Nutzung von Angeboten, die wir fachlich für notwendig und sinnvoll halten, zu streiten, ihre Legitimierung immer wieder selbstkritisch von denen überprüfen zu lassen, die sie nutzen oder denen sie zur Verfügung stehen sollen. Und gleichzeitig haben wir uns von der notwendigen Institutionenkritik, die z.B. auf die Eigendynamik von Organisationen (Einrichtungen, Träger), aber auch der Kritik an einem falschen Professionalismus allzu schnell fangen lassen – und vergessen, die Idee der Institutionalisierung selbstkritisch zu verteidigen. Denn ohne Institutionalisierung gibt es keine allgemeine Gesundheitsversorgung, kann kein Sozialrecht gewährleistet werden.

Digitalisierung, Ökonomisierung und neuer Lokalismus erweisen sich daher in großen Teilen als gesellschaftliche Entwicklungen, die der fachlichen Logik im Sozial- und Gesundheitsbereich nicht unbedingt in die Hände spielen. Streiten wir daher für alternative Nutzungen der möglichen technischen Infrastruktur – jenseits z.B. von deren Monopolisierung in den Händen einzelner globaler Unternehmen, für Modelle alternativer Ökonomien – jenseits der finanzmarktkapitalistischen Ökonomie und für Vergesellschaftungsformen, die uns nicht den zufälligen Loyalitäten nähräumlicher Gemeinschaften überlassen. ●

Literatur

- Bauer, Rudolph/Dießenbacher, Hartmut** (1984): Organisierte Nächstenliebe. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe in der Krise des Sozialstaats. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Berry, David M.** (2014): Die Computerwende – Gedanken zu den Digital Humanities. In: Ramón Reichert (Hrsg.): Big Data: Analysen zum digitalen Wandel von Wissen, Macht und Ökonomie. Bielefeld: transcript, S. 47–64
- Bontrup, Heinz-J./Huffschild, Jörg/Demirovic, Alex/Schumann, Michael/Müller, Julia/Bischoff, Joachim** (2006): Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg: VSA

Brunkhorst, Hauke (1996): Solidarität unter Fremden. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hrsg.): Pädagogische Professionalität: Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 340–367

Castells, Manuel (2001–2003): Das Informationszeitalter, 3 Bände. Opladen: VS

Dörner, Klaus (2007): Leben und sterben, wo ich hingehöre: Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem, Neumünster: Die Brücke (3. Aufl.)

Hartmann, Anja (2010): Die Gesundheitsreform der Großen Koalition: Kleinstes gemeinsames Nenner oder offenes Hintertürchen? In: Christoph Egle & Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005–2009. Wiesbaden: VS, S. 327–349

Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Gertenbach, Lars (2007): Die Kultivierung des Marktes: Foucault und die Gouvernementalität des Neoliberalismus. Berlin: Parodos

Hartmann, Maren (2003): Mediatisierung als Mediation: Vom Normativen und Diskursiven. In: Maren Hartmann & Andreas Hepp (Hrsg.): Die Mediatisierung der Alltagswelt. Wiesbaden: VS, S. 35–47

Hepp, Andreas (2010): Mediatisierung und Kulturwandel: Kulturelle Kontextfelder und die Prägkräfte der Medien. In: Maren Hartmann & Andreas Hepp (Hrsg.): Die Mediatisierung der Alltagswelt. Wiesbaden: VS, S. 65–84

Horx, Matthias (1997): Das Zukunfts-Manifest. Wie wir uns auf das 21. Jahrhundert vorbereiten können. Düsseldorf & München: Econ

Lutz, Tilman (2010): Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs: Jugendhilfe und ihre Akteure in postwohlfahrtsstaatlichen Gesellschaften. Wiesbaden: VS

Naisbitt, John (1982): Megatrends: Ten New Directions Transforming Our Lives. New York: Warner Books

Readings, Bill (1996): The University in Ruins. Cambridge: Harvard University Press

Röttger, Bernd/Wissen, Markus (2005): (Re) Regulationen des Lokalen. In: Fabian Kessl et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS, S. 207–225

Reichert, Ramón (Hrsg.) (2014): Big Data: Analysen zum digitalen Wandel von Wissen, Macht und Ökonomie. Bielefeld: transcript

Roßnagel, Alexander/Wedde, Peter/Hammer, Volker/Pordesch, Ulrich (1990): Digitalisierung der Grundrechte?: Zur Verfassungsverträglichkeit der Informations- und Kommunikationstechnik. Opladen: Westdeutscher Verlag

Sauer, Birgit (2009): Staatlichkeit und Geschlechtergewalt. In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2009): Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden: Nomos, S. 61–74

Speck, Otto (1999): Die Ökonomisierung sozialer Qualität. München/Basel: Reinhardt

Thürmer-Rohr, Christine (1998): Mittäterschaft der Frau – Analyse zwischen Mitgefühl und Kälte. In: Mittäterschaft und Entdeckungslust (S.87–103). Berlin: Orlanda-Frauenverlag

